

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher 97 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegrammbrief: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 10 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe Morgenausgabe

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schlange sagt:

„Arbeiternot ist Bauerntod“

Der Reichsminister a. D. Schlange-Schöningen hat in der Weihnachtnummer der „Frankfurter Zeitung“ einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er feststellt, daß die mangelnde Kaufkraft der Massen die eigentliche Ursache der deutschen Agrarkrise ist. Er bringt seine ökonomische Erkenntnis auf die einprägsame und festzuhaltende Formel: „Arbeiternot ist Bauerntod.“

Schlange-Schöningen, selber praktischer Landwirt in Pommeren, sieht die Gefahr heraufziehen, daß ein neuer industrieller Aufschwung durch die wachsende Last der Notlage auf dem Lande wieder zu Bodengedrückt werden könnte. Er sieht, nach dem Ende der Bombardierung, ein neues Sinken der Getreidepreise voraus, während es in der Veredelungswirtschaft noch trauriger aussehe und weder die Schaf- noch die Schweinezucht noch rentabel sei. Die Gefahr für die Landwirtschaft sei so groß, daß sie in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung nach neuen Wegen suchen müsse.

Schlange warnt nachdrücklich vor allen „Patentlösungen“, insbesondere solchen, die in immer neuen erzwungenen Preis-erhöhungen das Arbeitsmittel erblicken. Die Regierung Papen habe nicht einmal die Schiele-Preise zurückbringen können. Gerade die Entwicklung auf den Viehmärkten zeige, daß das deutsche Volk nichts mehr kaufen könne. Ein hermetischer Abschluß vom Ausland würde den Industrieexport treffen, also die Kaufkraft und damit die Lage der Landwirtschaft noch weiter schädigen.

Darum schlägt Schlange zwischen den Erzeugern und den Verbrauchern landwirtschaftlicher Produkte einen **Verständigungs-frieden** vor. Die Landwirtschaft müsse „heraus aus der glänzenden Isolierung und hin zu einer vernünftigen Zusammenarbeit mit allen, die guten Willens sind“. Eine „planmäßige Wirtschaftsführung des Staates, die nicht ressortmäßig und plötzlich bald hier, bald dort in das feingefügte Gewebe der Wirtschaft hineinschlägt, wohl aber die führenden Menschen der einzelnen Wirtschaftszweige in sinnvolle Zusammenarbeit bringt“, betrachtet er als Grundlage der anzustrebenden Verständigung.

Es bleibt abzuwarten, welches Echo dieser Ruf eines weitsichtigen Landwirts bei seinen eigenen Berufskollegen finden wird. Die bisherigen Erfahrungen sind nicht geeignet, optimistische Erwartungen hervorzurufen. Das deutsche Großagrariertum war bisher immer noch ein Hort der borniertesten politischen und sozialen Reaktion und des brutalsten Standesegoismus. Die Masse der Bauern aber hat bisher leider auch auf alle Verständigungsversuche der politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter mit einer starken Verständnislosigkeit reagiert und hat dafür jedem neuen Kurpfuscher bereitwillig Gefolgschaft geleistet.

Herr Schlange-Schöningen selbst hat in früheren Jahren zu den agrarischen Ultras im deutschnationalen Lager gehört. Erst mit der Zeit und der wachsenden Not ist ihm die bessere Erkenntnis gekommen. Die Sozialdemokratische Partei hatte sich schon die längste Zeit zuvor darum bemüht, bei den arbeitenden Menschen in Stadt und Land das Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit zu wecken und ihnen zu zeigen, daß die kapitalistische Produktions-anarchie ihr gemeinsamer Feind ist. Sie wird sich bei ihren gesteigerten Bemühungen, klarere Erkenntnis ins platte Land hinauszutragen, auf das Wort des sehend gewordenen Agrarschlange-Schöningen berufen dürfen:

„Arbeiternot ist Bauerntod!“

Der preußische Schulputsch

Man fühlt sich ertappt — man versucht zu beruhigen

Die Mitteilungen in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ über die bevorstehenden Maßregelungen in der Schulverwaltung haben naturgemäß starkes Aufsehen hervorgerufen.

An zuständiger preußischer Stelle legt man Wert darauf, zu versichern, daß die Angaben des „Vorwärts“ über bevorstehende Personalveränderungen innerhalb der Schulverwaltung „nicht ganz“ (!) zutreffen. Allerdings würden, so sagt man,

Personalveränderungen zu erwarten

sein. Diese hätten aber keineswegs politische Hintergründe. Sie hingen mit der Durchführung der Verordnung über die Vereinfachung der mittleren Verwaltung zusammen, wonach in Zukunft die Provinzialschulkollegien vom Oberpräsidenten geleitet würden. Der „Vorwärts“ sei durchaus nicht im Bilde, wenn er meine, die Regierung könne den bei den Schulverwaltungen erfolgenden Beamtenabbau nicht mit Sparmassnahmen begründen. Es seien nur Sparmassnahmen für den bevorstehenden Beamtenabbau maßgebend. Einem größeren Teil der davon betroffenen Beamten würden die Mitteilungen über die Veränderungen noch vor dem

1. Januar zugehen. Es sei falsch, wenn es heiße, daß den abgebauten Beamten noch drei Monate das Gehalt weitergezahlt würde, ohne daß sie Dienst täten.

Der ganze Abbau vollziehe sich in der üblichen Form.

d. h. soweit eben einzelne Beamte zur Disposition gestellt würden, erhielten sie vom 1. Januar bis zum 31. März die Uebergangsgehälter in der Höhe des vollen Gehalts, wie dies immer in solchen Fällen üblich sei. Ueber den Umfang des bevorstehenden Beamtenabbaues könnten jetzt noch keine Mitteilungen gemacht werden. Jedenfalls seien die vom „Vorwärts“ genannten Zahlen zu hoch gegriffen. Die genauen Zahlen würden erst dann mitgeteilt werden, wenn die Entscheidungen endgültig getroffen und den davon betroffenen Beamten zugeleitet seien. Falsch sei die Behauptung, daß nur Sozialdemokraten abgebaut würden und andere, vor allem Deutschnationale, an ihre Stelle berufen würden. Auch Beamte, die nicht der Sozialdemokratischen Partei angehörten, kämen in größerer Zahl zur Entlassung, während ein Teil sozialdemokratischer Beamter bei den

Schulverwaltungen bliebe. Nur wenige der freierwerdenden Stellen würden neu besetzt.

Wir können in diesen Erklärungen der zuständigen Stellen nichts anderes erblicken als ein verschämtes Eingeständnis, daß der „Vorwärts“ durchaus zutreffend unterrichtet war. Trotz aller Ablegungsversuche handelt es sich um nichts anderes als um eine weitere Auswirkung des Papen-Putsch vom 20. Juli, der ja bekanntlich nach der Darstellung seiner Urheber gleichfalls mit der Absicht, Sozialdemokraten durch Deutschnationale zu ersetzen, gar nichts zu tun gehabt haben soll.

Daß man versuchen wird, durch Befassung eines oder des anderen marginalen Konzeptions-schulzen im Amt oder durch Abbau auch des einen oder des anderen Nicht-Sozialdemokraten die politische Bedeutung des Aktes für die Augen Untandiger zu verschleiern, ist nach den bisherigen Erfahrungen ohne weiteres glaubhaft. Ob Papen, ob Schleicher, in Preußen bleibt es beim Papen-Kurs, der nun erst recht in der Schulverwaltung zur Geltung gebracht werden soll:

„Die Republik den Monarchisten!“

Brolat verhaftet

Wegen angeblichen Fluchtverdachts — Ein Schlag gegen einen Gehetzten

Der Direktor der BWS, Brolat war heute vor den Untersuchungsrichter in dem gegen ihn schwebenden Meineidsverfahren zur verantwortlichen Vernehmung geladen. Nach Beendigung der Vernehmung erließ der Untersuchungsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen

Es sind gegen ihn Disziplinarverfahren eingeleitet und durchgeführt worden, erst kürzlich ist ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts krimineller Handlungen gegen ihn eingestellt worden.

In der Zeit der Verfahren und Prozesse war Brolat ein Geheiter, der nicht nur die Staatsanwaltschaft, sondern auch die reaktionäre und die kommunistische Presse gegen sich hatte, die mit seiner Person politische Agitation machte. Er hat dieser Hege standgehalten.

Unmittelbar im Zusammenhang mit der Einstellung des letzten Ermittlungsverfahrens gegen Brolat tauchte ein Ermittlungsverfahren wegen Meineides gegen ihn auf. Er soll im Ekklare-Prozess in einer Nebenfrage unter Eid falsche Aussagen gemacht haben.

Boher soll nun plötzlich der Fluchtverdacht aufgetaucht sein? Es ist völlig unerfindlich, wie dieser Fluchtverdacht begründet werden soll. Hätte Brolat fliehen wollen, so wäre er heute nicht zur Vernehmung erschienen, sondern wäre schon längst verschwunden!

Bei den angeblich falschen Aussagen Brolats kann es sich, wie wir erfahren, höchstens um einen jahrlässigen Falschheid handeln, der mit Gefängnisstrafe bedroht ist. Wie die Staatsanwaltschaft aus Unstimmigkeiten, die sich in jeder Zeugen-aussage ergeben, einen Meineid konstruieren will, ist unerfindlich! Der letzte auffehenerregende Fall von jahrlässigem Falschheid aber, der ins Politische hineinspielte, war der Fall des Weimarer Oberstaatsanwalts Dr. Frieders, der auf Grund eines politischen Prozesses durch ein eskalantes Fehlurteil vernichtet wurde. Damals ist das Verdict des „jahrlässigen Falschheides“ ganz offenkundig als politische Waffe zur Vernichtung eines Unbequemeren benutzt worden.

Der Umtausch beginnt



„Unsere Gesinnung gefällt Ihnen nicht? — Gehen Sie sofort auf unser Umtauschlager. Sie finden da sicher eine passendere.“

Brolat wegen Fluchtverdachts einen Haftbefehl. Brolat wurde sofort in das Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Gegen Brolat sind im Zusammenhang mit der Ekklare-Affäre ohne Reihe von Beschuldigungen erhoben worden. Brolat hat sich gegen diese Beschuldigungen aufs energischste zur Wehr gesetzt.

Falsche Fünfziger

SA.-Leute als Falschmünzer

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Kassel, 27. Dezember.

Die kasseler Kriminalpolizei verhaftete zwei Nationalsozialisten wegen Falschmünzerei. Die Falschmünzer, die in einer Privatwohnung eine vollständige Werkstatt zur Herstellung von Falschgeld unterhielten, haben insgesamt etwa 4000 Stück falsche Fünzigpfennigstücke in Kassel und insbesondere in Süddeutschland in Verkehr gebracht. Die nationalsozialistischen Falschmünzer sind geständig.

Einer der Falschmünzer, der Sohn eines bekannten Schauspielers am Kasseler Staatstheater, der vor kurzem pensioniert worden ist, bezahlte am Sonnabendabend in einem Lebensmittelgeschäft mit falschen Fünzigpfennigstücken. Dem Geschäftsinhaber fiel der Betrug auf, er alarmierte die Polizei, die in den Taschen des in SA-Uniform befindlichen Falschmünzers

weitere Falschstücke fand. Der Festgenommene, der 19 Jahre alte Joachim Böhler, legte bald ein Geständnis ab und vertiet auch seinen Komplizen Paul Hoyer, der mit ihm in großem Stiel die Herstellung von Fünzigpfennigstücken betrieben hatte.

Cohn bei Raehler

Der Breslauer Rektor nach Berlin gebeten

Nachdem am Freitag voriger Woche der seit-lange Beisatz von Rektor und Senat der Universität Breslau gegen Professor Cohn gefaßt worden war, hat sich Professor Cohn nach am Freitag telephonisch beim Kultusministerium darüber beschwert. Im Verlauf dieser telephonischen Unterredung wurde Prof. Cohn gebeten, nach Berlin

